**21. Mai 2017**

Antrag zum außerordentlichen Parteitag der SPD am 25. Juni 2017 in Dortmund

Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente stärken!

AntragstellerInnen:SPD Ortsverein Übach-Palenberg

Die Rolle der gesetzlichen Rentenversicherung hat sich mit der Agenda 2010 grundlegend verändert. Erklärtes Ziel der Rente war es immer, den Lebensstandard nach dem Arbeitsleben zu sichern. Die Agenda 2010 hat die gesetzliche Rentenversicherung in ein „Niemandsland“ zwischen Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung katapultiert, wobei letzteres zumindest für untere Einkommensschichten zum immer drängenderen Thema wird. Die Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt, die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und gebrochene Erwerbsbiografien führen dazu, dass eine viel längere Beitragszeit und / oder höhere Beiträge nötig sind, um den Lebensstandard im Alter zu sichern.

Es ist davon auszugehen, dass Altersarmut in Zukunft zunehmen wird, da sich mit der beschlossenen Absenkung des Rentenniveaus auf 43 **%** die notwendigen Beitragszeiten weiter erhöhen und diese für prekär Beschäftigte oder Langzeitarbeitslose nicht mehr erreichbar sind. Betroffen sind davon insbesondere Frauen, die häufiger in schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Wenn die gesetzliche Rente für immer größer werdende Teile der Bevölkerung nicht ausreicht, werden diese Menschen fragen, warum sie überhaupt in ein solidarisches Versicherungssystem einzahlen, ohne entsprechende Leistungen zu erhalten. Die Frage „Wofür habe ich mein Leben lang gearbeitet?“ stellt die gesetzliche Rente als soziales Sicherungssystem insgesamt in Frage. Insbesondere die heute junge Generation glaubt kaum, dass ihre Rente später reichen wird.

Gleichzeitig bringen die beiden anderen Säulen der Rentenversicherung – betriebliche und private Säule – nicht die Erfolge, die sich die Konstrukteure der Agendapolitik erhofft hatten. Dies liegt daran, dass gerade die Bevölkerungsgruppen, die dringend eine zusätzliche private Vorsorge brauchen, sich diese nicht leisten können, da ihr Einkommen kaum zum Leben reicht.

Die Gewinner der Riesterrente sind nicht die BeitragszahlerInnen und RentnerInnen, sondern vorrangig die Finanzbranche. Die Riesterrente kann das sinkende Rentenniveau nicht ausgleichen.

Eine einseitige Stärkung der betrieblichen Rentenvorsorge wird hier keine Entlastung bringen. Insbesondere Frauen, die in kleinen und kleinsten Unternehmen arbeiten, haben keinen Zugang zu einer Betriebsrente. Hier könnten Modelle einer privaten Aufstockungsmöglichkeit der gesetzlichen Rentenversicherung von Vorteil sein.

Die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung wird von einem überwiegenden Teil der Beschäftigten als sinnvoll angesehen.

Die sogenannte Mütterrente soll vollumfänglich für die Menschen gelten, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Diese Leistungen dürfen als versicherungsfremde Leistungen nicht von der Rentenkasse übernommen werden.

Wir fordern:

* Einführung einer Erwerbstätigenrente, in die alle einzahlen und in der alle Einkommensarten Beiträge zahlen müssen
* Ausgestaltung der umlagefinanzierten, solidarischen gesetzlichen Rente zur Hauptsäule der Altersvorsorge damit die Rente den Lebensstandard wieder sichert. Dazu wird das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisiert .
* Abschaffung aller weiteren staatlichen Subventionen und Anreize für private kapitalgedeckte Vorsorgesysteme. Dies umfasst unter anderem die Abschaffung der Riesterrente bei Bestandsschutz der bestehenden Verträge
* Wiederherstellung der Parität in der Rentenversicherung.
* Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze.
* Angleichung der Renten in Ost und West
* Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen ausschließlich über Steuern
* Gerechtigkeit für alle Eltern bei der „Mütterrente“ durch Anrechnung von drei Jahren für alle

gez. Alf-Ingo Pickartz gez. Ulla Meurer

-Stadtverbandsvorsitzender- -Geschäftsführerin-